LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME 16/3669

VLK Postfach 32 03 48 40418 Düsseldorf A11, A19, A09

Landtag Nordrhein-Westfalen Herrn Stefan Kämmerling MdL Vorsitzender des Ausschusses für Kommunalpolitik

Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf



Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen e.V.

Hausanschrift: Sternstraße 44 40479 Düsseldorf

Postfachanschrift: Postfach 32 03 48 40418 Düsseldorf Steuernr. 103/5927/0442

Ruf 0211-4 97 09 25 Fax 0211-4 97 09 12

eMail info@vlk-nrw.de Internet www.vlk-nrw.de

Düsseldorf,05.04.2016

Stellungnahme der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker NRW e.V. zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 08.04.2016

"Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW" Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/11229

sowie

Änderungsantrag der Piraten-Fraktion, Drucksache 16/11318

in Verbindung mit

"Die Anerkennung der Flüchtlingspolitik als gemeinsame Herausforderung von Bund, Ländern und Kommunen entlässt die Landesregierung nicht aus ihrer Verantwortung" Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 16/8639

in Verbindung mit

"Sozialverträgliche Integration und gerechte Verteilung von anerkannten Asylbewerbern durch das Instrument der Wohnsitzauflage unterstützen" Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 16/10792

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Ausschussmitglieder,

wir danken Ihnen für die Zusendung der o.g. Anträge und nehmen hierzu gerne wie folgt Stellung. Folgende Punkte sind für uns entscheidend, um eine gelungene Integration zu gewährleisten:

1. Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist die wichtigste Voraussetzung, um diese von staatlicher Versorgung unabhängig zu machen und eine dauerhafte Integration in unsere Gesellschaft zu gewährleisten.

Vorsitzender : Kai Abruszat

Geschäftsführer: Joachim vom Berg

Bankverbindung: IBAN DE08300700240619099500 BIC (SWIFT) DEUTDEDBDUE



Die VLK hält es daher für notwendig, bereits in den Landeseinrichtungen ein flächendeckendes Screening der beruflichen Qualifizierungsbedarfe durchzuführen und an die aufnehmende Kommune zu übermitteln.

Wir lehnen bürokratische und starre Regelungen des Arbeitsmarktes, die den Flüchtlingen den Eintritt in ein Erwerbsverhältnis erleichtert, ab. Die VLK fordert eine Flexiblisierung des Arbeitsmarktes u.a. durch Öffnung der Zeitarbeit, der Abschaffung des Arbeitsverbots und die Ausklammerung von qualifzierenden Praktika für Flüchtlinge vom Mindestlohn. Einschränkungen bei Zeitarbeit und Werkverträgen halten wir nicht für zielführend.

2. Krankenversorgung

Wir unterstützen das Modell der Krankenkarte für Flüchtlinge. Die aktuell von der Landesregierung NRW eingeführte Krankenkarte wird von den Kommunen bisher jedoch sehr schlecht angenommen. Grund dafür sind aus unserer Sicht u.a. zu hohe Verwaltungspauschalen im Vergleich zu anderen Bundesländern.

Wir fordern daher, Nachverhandlungen mit den Krankenkassen zu führen, um günstigere Verwaltungspauschalen zu vereinbaren.

3. Sprachkurse

Spracherwerb ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zu und die Integration in unsere Gesellschaft. Daher unterstützt die VLK NRW die Forderung nach der Einstellung geeigneter und zusätzlicher Lehrer. Die VLK hält es für dringend notwendig, jedem Flüchtling ab dem ersten Tag in der Kommune einen kostenlosen, aber verpflichtenden Sprachkurs zur Verfügung zu stellen.

4. Bildung

Für die Liberalen und damit auch für die VLK NRW ist die beste Bildung für alle erklärtes Ziel unserer politischen Anstrengungen. Auch für die Integration der Flüchtlinge gilt es nach unserer Überzeugung, neben den Sprachkursen Bildungsangebote zu machen und damit schon bei den Kleinsten zu beginnen. Bereits in den Landeseinrichtungen sollen Kinder und Jugendliche in niedrigschwelligen "Spielgruppenangeboten" auf KiTa und Schule vorbereitet werden.

Unsere Forderungen für ein umfassendes Bildungsprogramm reichen von zusätzlichen Ganztagsangeboten von der U-3-Betreuung bis zu weiterführenden Schulen, über ein Konzept zur Deckung des Lehrkräftebedarfs u.a. über Seiteneinstieg und verstärkte Anreizsysteme bis zur temporären Verlängerung der Schulpflicht für Flüchtlinge, um z.B. Schulabschlüsse nachholen zu können. Die Ausdehnung von Betreuungs- und Beratungsangeboten für ausländische Studierende ist uns ebenso ein Anliegen wie die Erarbeitung eines Konzepts zur Integration von Flüchtlingen ins Studium.



5. Wertevermittlung

Die Vermittlung der Werte, auf denen unser gesellschaftliches Zusammenleben beruht, muss ein unabdingbarer Bestandteil eines Integrationskonzepts sein.

Diese Wertevermittlung wollen wir u.a. mit Leitfäden für die Mitarbeiter von Sammelunterkünften, Willkommensbroschüren in den Muttersprachen, niedrigschwellige Vortragsangebote bereits in den Landeseinrichtungen und einer Ausweitung der Gesellschaftskunde in den Integrationskursen von 60 auf 100 Stunden erreichen.

6. Deckung des Wohnbedarfs

Der Bedarf an günstigem Wohnraum ist bereits jetzt – gerade in den Ballungszentren – sehr hoch und wird voraussichtlich weiter steigen.

Die VLK NRW ist überzeugt, dass durch geeignete wohnungspolitische Maßnahmen genug bezahlbarer Wohnraum für alle geschaffen werden kann. Dazu gehört, zusätzlich zu den Bundesprogrammen für den Flüchtlings- und sozialen Wohnungsbau auch generell durch steuerliche Förderung (degressive AfA) den Neubau von Wohnungen anzukurbeln und bauordnungsrechtliche Vereinfachungen auf Landesebene einzuführen, um Planung und Neubau von Wohnungen zu beschleunigen. Darüber hinaus halten wir eine Änderung in der Landesentwicklungsplanung hin zu mehr neuen Siedlungsflächen für zielführend.

Alle Maßnahmen des Aktionsplans Integration für Flüchtlinge müssen in eine Einwanderungsstrategie im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes eingebettet werden.

Um eine breite Unterstützung und Akzeptanz der Integration von Flüchtlingen in der Bevölkerung zu erreichen, schlägt die VLK NRW vor, eine breite Kampagne zu starten und mit prominenten Vorbildern aus Sport, Kultur und Medien für gelungene Integration und Aufstiegschancen in Deutschland zu werben.

Aus den oben angeführten Argumenten, die in den Anträgen nicht deutlich genug herausgearbeitet werden, halten wir den Integrationsplan von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für nicht zielführend.

Mit freundlichen Grüßen

pachi on But

Joachim vom Berg Geschäftsführer